

Der Rat der Gemeinde beschließt folgende Resolution:

*„Die Schulsozialarbeit wurde bislang vom Bund in voller Höhe finanziert. Allerdings war auch den Ländern bekannt, dass diese Förderung am 31.12.2014 auslaufen sollte. Erst kurz vor Jahresende verkündeten die Ministerpräsidentin und die Schulministerin, dass die Landesregierung lediglich zwei Drittel der Kosten übernehmen würde. Bei der angespannten Haushaltslage der Gemeinde Eitorf – vielen anderen Kommunen geht es ebenfalls nicht besser – führt diese Regelung dazu, dass der Rat entscheiden musste, die Sozialarbeit mit Ablauf dieses Schuljahres einzustellen oder am Ende den notwendigen Eigenanteil über Anhebung kommunaler Abgaben oder Steuern zu finanzieren, weil es kaum Möglichkeiten gibt, diese Beträge an anderer Stelle einzusparen. Die Finanzierung aus der Schulpauschale ist gesetzlich nicht erlaubt und die Aufgabe gilt zudem als freiwillige Leistung.*

*Für eine Gemeinde wie Eitorf, welche den haushaltrechtlichen Regelungen und Haushaltssicherung unterworfen ist, bedeutet dies, dass eine Weiterbeschäftigung der Schulsozialarbeiter rechtlich eigentlich nicht möglich ist. Die freiwilligen Leistungen dürfen nicht erhöht, sondern lediglich gegen andere „freiwillige“ Leistungen ausgetauscht werden. Nur durch eine Sondergenehmigung der Aufsicht ist das für Eitorf überhaupt möglich. Der Ausgleich, der dafür zwingend dargelegt werden muss, kann dann aber nur über die oben genannten Wege erfolgen. Dies bedeutet de facto die erneute Erhöhung der gemeindeeigenen Abgaben oder Steuern, somit weitere Belastung der Bürgerinnen und Bürger.*

*Wir fordern daher die Landesregierung auf, die Aufgabe der Schulsozialarbeit als Grundlage des Bildungswesens gesetzlich so zu regeln, dass die Kosten ganz vom Land übernommen werden. Nur so könnte eine dauerhafte Beschäftigung der bisher immer nur befristet eingestellten Personen gewährleistet werden.*

*In der Gemeinde Eitorf gibt es eine außergewöhnlich hohe Anzahl von Kindern und Jugendlichen an den Schulen, die durch die Schulsozialarbeiter betreut werden müssen. Daher sehen wir das Land für unsere Gemeinde in der Pflicht, die Deckelung der Förderung ganz aufzuheben.*